

Peter Borowsky

Europa oder Amerika?

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA
seit dem deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963

aus

Peter Borowsky

Schlaglichter historischer Forschung

Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Aus dem Nachlass herausgegeben von
Rainer Hering und Rainer Nicolaysen

S. 277–293



Universität Hamburg

Impressum

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf der Verlagswebsite frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Bibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver Der Deutschen Bibliothek verfügbar.

Open access verfügbar über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press – <http://hup.rrz.uni-hamburg.de>

Archivserver Der Deutschen Bibliothek – <http://deposit.ddb.de>

ISBN: 3-937816-17-8 (Printausgabe)

© 2005 Hamburg University Press, Hamburg

Rechtsträger: Universität Hamburg, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Peter Borowsky (1938–2000) war ein engagierter Geschichtsforscher und begeisterter Geschichtsvermittler. Mehr als 30 Jahre lehrte er am Historischen Seminar der Universität Hamburg Neuere Geschichte. Er prägte Generationen von Studierenden nachhaltig durch seine Kompetenz und seine Art, Geschichte lebendig zu vermitteln. Diese wird auch in den 14 Beiträgen zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert deutlich, die hier erstmals veröffentlicht werden. Die Themenpalette reicht von den Hohenzollern bis zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, umfasst die Studenten in der Revolution von 1848, Hamburger Geschichte im 19. Jahrhundert, die Entwicklung von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“, die deutschen Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und den USA. Zwei Texte beschäftigen sich anschaulich mit der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft und dem „Historikerstreit“.

Inhalt

I.	Vorwort der Herausgeber	7
II.	Geschichte der Geschichtswissenschaft	
1.	Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung (1978/79)	13
2.	Der Historikerstreit	63
	Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um? (1988)	
III.	Geschichte Hamburgs	
1.	Vertritt die „Bürgerschaft“ die Bürgerschaft?	89
	Verfassungs-, Bürger- und Wahlrecht in Hamburg von 1814 bis 1914 (1990)	
2.	Hamburg und der Freihafen	109
	Wirtschaft und Gesellschaft 1888–1914 (1987)	
IV.	Osteuropa	
1.	Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933 (1986)	139
2.	Die deutsche Politik gegenüber den baltischen Staaten 1923 bis 1933	153
	Diplomatie im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Minderheitenschutz (1991)	
3.	Die Ukraine – ein Nationalstaat?	173
	Systemveränderung und nationale Unabhängigkeit 1917 bis 1920 und heute (1994)	

V. 19. Jahrhundert

1. Studenten in der deutschen Revolution 1848 (1998) 187
2. Die Hohenzollern (1998) 201

VI. Von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“

1. Zwischen Volksheer und Reichswehr 217
Die Auseinandersetzungen über die deutsche
Wehrverfassung 1918/1919 (1992)
2. Wer wählte Hitler und warum? 235
Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse
1928 bis 1933 (1988)
3. Zerstörung oder Zusammenbruch? 255
Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933 (1993)

VII. Bundesrepublik

1. **Europa oder Amerika? 277**
Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und den USA seit dem deutsch-französischen
Vertrag vom 22. Januar 1963 (1993)
2. Die politische Kultur der Bundesrepublik
Deutschland 1966–1983 (1992) 295

VIII. Anhang

- Zeittafel Peter Borowsky 317
- Bibliographie Peter Borowsky 321
- Personenregister 325

Europa oder Amerika?

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA seit dem deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963*

Vorbemerkungen

1. Die Beziehungen zwischen der (alten) Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten nach 1945 haben immer im Spannungsfeld von Übereinstimmung und Entfremdung gestanden. Dabei bedeutet Entfremdung hier nicht das gleiche wie Antiamerikanismus. Der Begriff soll nur ausdrücken, daß die bundesdeutschen Interessen nicht mit den Interessen und Zielvorstellungen der amerikanischen Politik übereinstimmen, daß die Bundesrepublik Deutschland Frieden und Sicherheit nicht nur bei den USA, sondern auch in anderen Richtungen suchen kann, z. B. bei Frankreich und der Europäischen Gemeinschaft oder sogar in einer „Sicherheitsgemeinschaft“ mit der Sowjetunion bzw. Rußland (wie dies in der Ära Gorbatschow z. B. von Egon Bahr 1987 vorgeschlagen wurde).

2. Daraus ergibt sich: Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist nur vor dem Hintergrund der internationalen Beziehungen insgesamt zu verstehen – der Beziehungen der Supermächte untereinander, der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik und nicht zuletzt der Stellung der Bundesrepublik zu ihren westeuropäischen Nachbarn, vor allem zu Frankreich. Diese Schwankungen zwischen Übereinstimmung und Entfremdung haben aber auch etwas mit den Veränderungen der politischen Kultur in der (alten) Bundesrepublik zu tun. Stichworte sind hier: die Studentenbewegung, die APO und die Anti-Vietnamkriegs-Proteste Ende der sechziger Jahre, die Friedensbewegung in den siebziger und achtziger Jahren.

* Vortrag, gehalten auf Einladung der Mühlhäuser Initiative im Rahmen ihres Projektes „USA-Austausch: Mühlhausen-Michigan“ am 16. Februar 1993 in Mühlhausen/Thüringen.

3. Wenn ich über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA spreche, dann werde ich mich aus Zeitgründen auf die deutsche Sicht dieses Verhältnisses konzentrieren. Dabei soll es dann aber nicht nur um die „große Politik“ gehen, sondern auch um die Haltung der Bevölkerung, soweit sie sich in den Medien, in Massenbewegungen und in Meinungsumfragen fassen läßt.

Soweit die Vorbemerkungen, und nun die Überleitung zum Thema: Der zeitliche Rahmen erstreckt sich von 1963 bis zum Ende der alten Bundesrepublik. Daß mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch das deutsch-amerikanische Verhältnis sich verändert hat, dürfte einleuchten. Aber warum beginne ich einen Vortrag über das deutsch-amerikanische Verhältnis ausgerechnet mit einem Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Frankreich? Dafür gibt es zwei Gründe:

1. Der deutsch-französische Vertrag ist Ausdruck eines besonderen Verhältnisses zwischen den beiden Vertragspartnern. Einen vergleichbaren Vertrag gibt es zwischen der Bundesrepublik und den USA nicht. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten beruht nicht auf bilateralen Verträgen, sondern auf der Einbindung beider Staaten in das atlantische Bündnis, die NATO, und auf gemeinsamen Erfahrungen der ersten Nachkriegsjahrzehnte – Marshall-Plan und Luftbrücke –, die aus Gegnern Verbündete gemacht haben.
2. Der deutsch-französische Vertrag von 1963 ist meiner Meinung nach eine Reaktion auf die erste Entfremdung im deutsch-amerikanischen Verhältnis und kann daher gut als Ausgangspunkt für einen Rückblick auf die fünfziger Jahre und eine Darstellung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses in den letzten 30 Jahren dienen.

1.

In den fünfziger Jahren bestand eine sehr weitgehende oder völlige Übereinstimmung zwischen den USA und der Bundesrepublik. Das gilt nicht nur für die Politik Adenauers, der in der Allianz mit den USA Sicherheit, Freiheit und Wohlstand für Westdeutschland und seine Bewohner garantiert sah, das gilt auch für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. In der öffentlichen Meinung hatten die USA und die Amerikaner Vorbildfunktion: Sie waren reich, modern, mobil und demokratisch. Ihr Missionarseifer

und ihre Selbstgerechtigkeit nervten zwar gelegentlich, aber insgesamt wollten die Westdeutschen so leben wie die Amerikaner. Ein bezeichnendes Beispiel für dieses Amerikabild sind die Berichte Peter von Zahns aus Amerika, die jede Woche im Fernsehen zu sehen waren. Die Schattenseiten der amerikanischen Gesellschaft, wie etwa die Rassentrennung und das unterentwickelte System der sozialen Sicherheit, wurden damals meist übersehen.

Die erste Entfremdung in den offiziellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA setzte ein mit der Berlin-Krise und dem Bau der Mauer 1961. Der Grund waren unterschiedliche Auffassungen über die Politik, die man gegenüber der Sowjetunion einschlagen sollte.

John F. Kennedy, der sein Amt im Januar 1961 antrat, und sein Außenminister Dean Rusk trieben den bereits am Ende der Eisenhower-Administration begonnenen Abbau der Ost-West-Konfrontation weiter voran. Angesichts des atomaren Patts zwischen den Supermächten verfolgten sie eine Strategie des Friedens und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die die Containment- und Rollback-Politik John Foster Dulles' endgültig ablösen sollte.

Das hieß: Solange die Sowjets den Status quo nicht verletzten, akzeptierten die USA stillschweigend alle Maßnahmen, die sie zur Sicherung ihres Einflßbereichs ergriffen. Und dazu gehörte auch der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961.

Die Westmächte und die Bundesregierung protestierten gegen den Bau der Mauer, unternahmen aber nichts, ihn zu verhindern. In der Kuba-Krise 1962 wiederum setzten die USA der sowjetischen Absicht, den Status quo zu ihren Gunsten zu verändern, klaren Widerstand entgegen und setzten sich durch. Berlin- und Kuba-Krise markierten den Höhe- und Wendepunkt des Kalten Kriegs, denn nun erhielten die Befürworter einer Entspannungspolitik zwischen den Supermächten auf beiden Seiten Auftrieb.

Ziel der in den USA diskutierten Entspannungspolitik war, durch die Verflechtung der beiderseitigen Interessen zu einem Netz gegenseitiger Abhängigkeiten auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu gelangen und die Beziehungen zwischen Ost und West so eng zu gestalten, daß sie beiden Seiten Vorteile brachten und keine Seite sie abrechnen konnte, ohne den eigenen Interessen zu schaden. Auf politischer Ebene sollten Europa und der Atlantik zu einer „Ruhezone“ der Weltpolitik werden, was die Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen und Systemunterschiede – also auch der deutsch-deutschen – voraussetzte.

Unter so veränderten weltpolitischen Bedingungen wurde das Deutschlandproblem nicht länger als *das* zentrale Problem im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander angesehen. Es war lediglich ein Aspekt der internationalen Diskussion über Sicherheits- und Abrüstungsfragen. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung geriet dadurch in eine schwierige Lage, denn die Entspannungspolitik der Großmächte ging prinzipiell vom Status quo in Europa aus, während die Forderung nach Wiedervereinigung seine Überwindung voraussetzte.

Bundeskanzler Adenauer war von dieser Entwicklung in höchstem Maße beunruhigt. Er versuchte, sich aus der einseitigen Abhängigkeit von den USA zu lösen, indem er die Beziehungen zu Frankreich intensivierte. Dabei kam ihm das politische Konzept Charles de Gaulles entgegen: de Gaulle wollte Europa unter französischer Führung zur dritten Kraft neben den beiden Supermächten machen. Seine Idee vom Europa der Vaterländer vom Atlantik zum Ural schien einen Anknüpfungspunkt für das deutsche Interesse an der Überwindung des Status quo zu bieten.

Die Staatsbesuche Adenauers in Frankreich vom 2. bis 6. Juli und de Gaulles in Deutschland vom 4. bis 9. September 1962 vertieften die Beziehungen. In der Bundesrepublik wurde de Gaulle überall, wo er erschien und Reden hielt, begeistert gefeiert, zumal er nicht müde wurde, „die große deutsche Nation“ zu preisen. Am 22. Januar 1963 unterzeichneten de Gaulle und Adenauer im Pariser Elysée-Palast feierlich den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Der Vertrag sah eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf dem Gebiet der Außenpolitik, der Verteidigung, des Erziehungswesens und des Jugendaustauschs vor.

Die USA und die übrigen Mitgliedsstaaten der NATO und der EG nahmen den deutsch-französischen Vertrag sehr reserviert zur Kenntnis, denn sie sahen darin die Grundlage für ein deutsch-französisches Sonderverhältnis und den Beginn einer Gruppenbildung innerhalb des westlichen Bündnisses. Aber auch in der westdeutschen Öffentlichkeit, im Bundestag und selbst innerhalb der Regierung und der Regierungsparteien stieß Adenauers Frankreich-Politik nicht nur auf Zustimmung.

Auf der einen Seite standen die sogenannten „Atlantiker“, auf der anderen die sogenannten „Gaullisten“. Die „Atlantiker“ beharrten darauf, daß die Grundlage der deutschen Sicherheit das enge Bündnis mit den USA bildete. Sie traten für eine Stärkung der übernationalen Elemente und Organisationen der europäischen Gemeinschaften ein und forderten den Ein-

tritt Großbritanniens in die EG, weil über England die EG enger mit den USA und der NATO zu einer „atlantischen Gemeinschaft“ verbunden würde. Sie befürworteten zugleich eine flexiblere Haltung gegenüber den ost-europäischen Staaten.

Der führende „Atlantiker“ der CDU war der neue Außenminister Gerhard Schröder. Im Regierungslager stützte er sich vor allem auf die norddeutsche CDU und auf die FDP. Im Bundestag konnte er auf Rückendeckung seitens der SPD rechnen. In der Öffentlichkeit trat insbesondere die Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* für die „atlantische“ Orientierung ein.

Die sogenannten „Gaullisten“ wurden angeführt von Adenauer und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Dazu gehörten auch Schröders Amtsvorgänger Heinrich von Brentano, der CSU-Abgeordnete Karl Freiherr zu Guttenberg, der Minister Heinrich Krone, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und der westfälische CDU-Chef Hermann Dufhues. Publizistisch wurde diese Orientierung vor allem vom *Rheinischen Merkur* vertreten. Die deutschen „Gaullisten“ fürchteten, daß die Bundesrepublik ein Opfer der amerikanischen Entspannungspolitik werden könnte, und wollten daher das Gewicht der Bundesrepublik gegenüber den USA durch einen westeuropäischen Zusammenschluß, insbesondere eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit, verstärken. Sie waren bereit, den dauernden Ausschluß Großbritanniens aus der EWG dafür in Kauf zu nehmen. Hinsichtlich der Ostpolitik hielten sie am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und an der Hallstein-Doktrin fest. Daß sie damit de Gaulles Politik einer „Öffnung nach Osten“ („Europa vom Atlantik bis zum Ural“) nicht mitmachten, war eine Inkonsequenz, auf die sie die „atlantisch“ orientierten Befürworter einer flexibleren deutschen Ostpolitik immer wieder vergeblich hinwiesen.

Im Bundestag dominierten die „Atlantiker“. Und so ratifizierte das Parlament den deutsch-französischen Vertrag am 16. Mai 1963 erst, nachdem ihm eine Präambel vorangestellt worden war, die klarstellte, daß die enge Partnerschaft der Bundesrepublik mit den USA, die Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaften unter Einschluß Großbritanniens und die Integration der NATO-Streitkräfte wichtige Ziele der bundesdeutschen Außenpolitik blieben. Damit wurden Ziele benannt, die de Gaulle ausdrücklich abgelehnt hatte.

Vom 23. bis 26. Juni 1963 besuchte der amerikanische Präsident John F. Kennedy die Bundesrepublik und wurde noch begeisterter gefeiert als vor-

her de Gaulle. Er war der erste US-Präsident, der auch West-Berlin in seinen Staatsbesuch einschloß. In einer Rede vom Balkon des Schöneberger Rathauses erklärte er sich am 26. Juni vor über 300.000 Menschen solidarisch mit den Berlinern und ihrem Freiheitswillen. Die auf Englisch gehaltene Rede gipfelte in dem deutsch gesprochenen Ausruf: „Ich bin ein Berliner.“

Der Kennedy-Besuch und sein ungeheures Echo in der deutschen Öffentlichkeit stärkten die Position der „Atlantiker“ in Adenauers Regierung. Dennoch wiederholte sich der Disput zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ im August 1963, als es um den Beitritt der Bundesrepublik zu dem zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion ausgehandelten Abkommen über ein Verbot von Kernwaffenversuchen in der Luft, im Weltraum und unter Wasser ging. Adenauer und die „Gaullisten“ lehnten eine Unterzeichnung dieses Abkommens zunächst ab. Stein des Anstoßes war für sie, daß auch die DDR dem Abkommen zugestimmt hatte und daß die Unterzeichnung eines solchen Vertrages der De-facto-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gleichkommen könnte. Adenauer selbst sah die Bundesrepublik als „Opfer der amerikanischen Entspannungspolitik“, gab aber nach, weil er befürchtete, daß sich die Bundesrepublik außenpolitisch isolieren würde, wenn sie diesen Versuch, das Verhältnis zwischen Ost und West zu entspannen, nicht unterstützte.

Die Auseinandersetzungen zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ setzten sich auch in der Regierung Erhard (1963–1966) fort. Typisch waren 1965 die Auseinandersetzungen darüber, ob die Bundesrepublik den von den Supermächten ausgehandelten Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen – in der bundesdeutschen Diskussion charakteristischerweise stets Atomsperrvertrag genannt – beitreten sollte. Adenauer, der nach wie vor Parteivorsitzender der CDU war, und Franz Josef Strauß sprachen sich gegen die Unterzeichnung aus, weil sie den Unterschied zwischen Atom-mächten und anderen Staaten nicht auch noch vertraglich fixieren wollten (obwohl die Bundesrepublik ausdrücklich auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet hatte). Adenauer sprach sogar von einem „zweiten Jalta“. Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder waren zwar bereit, sich der amerikanischen Entspannungspolitik anzuschließen, und sie konnten für die Ratifizierung des Vertrages auch mit Unterstützung der SPD rechnen, unterschrieben wurde der Nichtverbreitungsvertrag gleichwohl erst 1969 von der sozialliberalen Regierung.

Denn auch die „Atlantiker“ in der CDU taten sich schwer mit der amerikanischen Entspannungspolitik: Bundesaußenminister Schröder war zwar bereit, die Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarn der Bundesrepublik zu verbessern, von einer Anerkennung der DDR-Regierung als gleichberechtigte Gesprächspartnerin und Verzicht auf die Hallstein-Doktrin wollte er aber nichts wissen.

2.

Weitgehende Übereinstimmung mit der Entspannungspolitik der Regierung Kennedy gab es dagegen bei der SPD-Opposition. Willy Brandt, damals noch Regierender Bürgermeister von Berlin, sagte bereits 1962, zu Beginn der Kuba-Krise, vor Studenten der Harvard University: Da der Westen nicht die Absicht habe, die Demokratie mit Gewalt nach Ostmitteleuropa zu tragen, müsse er den Status quo akzeptieren und die bestehenden Diktaturen als zumindest legale, wenn auch nicht legitime Regierungen anerkennen. Und in seiner berühmt gewordenen Tutzingener Rede vom Juli 1963 argumentierte Brandts Vertrauter Egon Bahr ähnlich wie die Kennedy-Regierung und später der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski: Da der Westen die kommunistische Herrschaft in Ost- und Ostmitteleuropa nicht beseitigen könne, müsse er seine Politik darauf ausrichten, die Verhältnisse zu verändern. „Wandel durch Annäherung“ hieß die Formel, auf die sich diese Politik bringen ließ. Hinsichtlich der Deutschlandpolitik schlug Bahr vor, unterhalb juristisch-diplomatischer Anerkennung der DDR jede Form der Beziehungen, vor allem die Handelsbeziehungen und andere Formen wirtschaftlicher Kooperation, zu entwickeln, um so den Lebensstandard der Menschen in der DDR zu heben. Eine solche Politik würde zwar zunächst das DDR-Regime stabilisieren, es ihm aber auch erlauben, seinen Bürgern größere Freiheiten etwa im Reiseverkehr und bei Besuchsregelungen zu gewähren.

Als Außenminister der Großen Koalition (1966–1969) hat Willy Brandt versucht, diese Politik in die Tat umzusetzen. Anhaltender Widerstand beim größeren Koalitionspartner CDU/CSU hinderte ihn vorerst an der Verwirklichung seiner neuen Deutschland- und Ostpolitik. Was die offiziellen Beziehungen zu den USA angeht, so waren sie aber in dieser Zeit von weitgehender Übereinstimmung in der grundsätzlichen Zielsetzung geprägt.

3.

Ganz anders sah es Ende der sechziger Jahre in der Öffentlichkeit aus: In den fünfziger Jahren hatten Professoren und Studenten zu den eifrigsten Befürwortern einer engen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit gehört. Als sich seit 1965 eine regelrechte Studentenrevolte entwickelte, hatte diese ihren Ursprung zunächst in den unbefriedigenden Zuständen an den Hochschulen der Bundesrepublik, wurde aber stark angeregt von der Studentenrebellion in den USA. Von ihr übernahm sie sowohl die Protestformen, wie Go-in, Sit-in, Teach-in, als auch die Stoßrichtung gegen das Establishment. Wortführer dieser Revolte war in der Bundesrepublik und in West-Berlin der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), den die Mutterpartei wegen seiner Radikalität schon lange verstoßen hatte. Die Studentenbewegung weitete sich rasch über die Grenzen der Hochschulen aus. Gefordert wurde nicht nur eine Reform der Universitäten, sondern eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft.

Die auf Marx gegründete Gesellschaftskritik der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition gegen die Große Koalition, vor allem gegen ihre Notstandsgesetzgebung, wandte sich auch bald gegen die USA. Hauptangriffspunkt war hier der Krieg, den die USA in Vietnam führten und der offenkundig zu den Freiheits- und Selbstbestimmungsforderungen der westlichen Tradition ebenso in Widerspruch stand wie die Unterdrückung antikolonialer Befreiungsbewegungen in Asien und Lateinamerika. Eine zweite Stoßrichtung der USA-Kritik wandte sich gegen den American Way of Life, gegen die Überflußgesellschaft, in der die Menschen von Massenmedien manipuliert und durch den Konsum ihren eigentlichen Bedürfnissen entfremdet wurden. Die frühere kritiklose Bewunderung und Nachahmung der amerikanischen Zivilisation wich nun einer oft leidenschaftlichen Zivilisationskritik, die oft auch schon antiamerikanische Züge aufwies. Das Ende der APO bedeutete nicht zugleich auch ein Ende dieser Kritik an der US-Außenpolitik und des American Way of Life; sie lebte fort in den neuen „sozialen Bewegungen“ der siebziger Jahre: der Friedensbewegung und den Bürgerinitiativen für Umweltschutz.

4.

In vollkommener Übereinstimmung mit den USA handelte die Regierung der sozialliberalen Koalition, als sie unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt 1969 die „neue Ostpolitik“ startete. Die Verhandlungen mit Moskau und Warschau über Gewaltverzicht und Anerkennung der bestehenden Grenzen, das Viermächte-Abkommen über Berlin und schließlich der Grundlagenvertrag mit der DDR erfolgten in enger Absprache mit der Regierung Nixon und ihrem Sicherheitsberater Henry Kissinger. Das war insofern bedeutend, als der Eindruck vermieden wurde, die Regierung Brandt sei eventuell bereit, vom atlantischen Bündnis abzurücken und zur Neutralitätspolitik der SPD in den fünfziger Jahren zurückzukehren. Mit ihrer neuen Deutschland- und Ostpolitik leistete die Regierung Brandt einen wichtigen Beitrag zur amerikanischen Entspannungspolitik, die im SALT-I-Vertrag mit der Sowjetunion vom Juni 1972 gipfelte. Darin einigten sich Nixon und Breschnew auf eine Begrenzung strategischer Waffen.

Mit den Ostverträgen, dem Viermächte-Abkommen über Berlin und dem Grundlagenvertrag mit der DDR löste sich die Bundesrepublik aus ihrem Sonderkonflikt mit der Sowjetunion, der DDR und dem Warschauer Pakt und verschaffte sich größere außenpolitische Beweglichkeit nicht zuletzt auch den USA gegenüber. Denn mit der Anerkennung der DDR erkannte die Bundesrepublik zugleich auch sich selbst an: Sie war längst kein Provisorium mehr, sondern ein westeuropäischer Staat, der sein wirtschaftliches und politisches Gewicht auch selbstbewußt gegenüber dem großen Bündnispartner jenseits des Atlantiks einsetzen konnte.

5.

Vor allem die Regierung Helmut Schmidt nutzte diesen Zuwachs an politischer Unabhängigkeit und das ökonomische Gewicht der Bundesrepublik, um sich dem Bündnispartner USA gegenüber als gleichberechtigt darzustellen und gleichzeitig die deutsch-französischen Beziehungen auszubauen, wie es seit Adenauer nicht mehr geschehen war. An der grundsätzlich proamerikanischen Orientierung Schmidts konnte es keinen Zweifel geben, aber die schulmeisterliche Art, mit der er den Präsidenten Jimmy Carter behandelte, und die dazu in krassem Kontrast stehende betonte Freundschaft

zum französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing verursachten mehr als einmal Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis.

Grundsätzlich unterstützte Schmidt die von Carter bis zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 betriebene Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion, doch gleichzeitig war er wie Adenauer von der Furcht geplagt, die USA könnten in den Abrüstungsgesprächen mit der Sowjetunion die Sicherheitsinteressen ihrer westeuropäischen Verbündeten vernachlässigen. So sprach er sich 1977 deutlich für die Stationierung der sogenannten Neutronenbombe in Europa aus, um der Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten auf konventionellem Gebiet Paroli bieten zu können.

Es handelte sich hier um eine taktisch-nukleare Waffe, die sich nach Ansicht militärischer Fachleute besonders gut zum Einsatz gegen Panzerverbände in dicht besiedelten Gebieten eignen würde. Denn sie sollte präzise dosierbar und imstande sein, den feindlichen Truppen große Verluste zuzufügen, ohne in dem zu verteidigenden Gebiet verheerende Zerstörungen anzurichten oder eine weitreichende nukleare Verseuchung herbeizuführen. In der Bundesrepublik entbrannte eine heftige Diskussion über den Einsatz einer Waffe, die Menschen vernichten konnte, Gebäude und Anlagen aber schonen würde. In Schmidts eigener Partei regte sich heftiger Widerstand gegen den Bau und die Stationierung dieser Waffe in der Bundesrepublik. Dagegen sprach sich die CDU/CSU eindeutig für die Produktion der Neutronenwaffe und ihre Einführung in das NATO-Bündnis aus. In diesem Konflikt zeichnete sich zum ersten Mal ab, daß Schmidt in der Rüstungs- und Allianzpolitik eher auf die CDU/CSU als auf seine eigene Partei rechnen konnte.

Nicht zuletzt wegen der deutschen Bedenken und wegen der Widerstände bei anderen NATO-Partnern, so in den Niederlanden, vertagte Carter 1978 die Entscheidung über den Bau der Neutronenbombe. Das wiederum verprellte die europäischen Bündnispartner, vor allem die Regierung Schmidt, die sich in ihren Bemühungen, dieses Projekt innenpolitisch durchzusetzen, von der amerikanischen Regierung desavouiert fühlte. Schmidt machte seinen Zweifeln an den Führungsqualitäten des amerikanischen Präsidenten lautstark Luft, verstärkte die Kontakte zu Giscard und versuchte die deutschen Interessen in direkten Gesprächen mit Breschnew, der im Mai 1978 die Bundesrepublik besuchte, zu vertreten.

Wie stark der Einfluß der Bundesregierung auf amerikanische Entscheidungen in der Rüstungs- und Bündnispolitik geworden war, zeigt auch die Vorgeschichte des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses von 1979. Am

18. Juni 1979 unterzeichneten Carter und Breschnew in Wien SALT II, ein Abkommen zur Begrenzung strategischer Kernwaffen. Bei den NATO-Verbündeten stieß dieses Abkommen nicht auf einhellige Zustimmung. Vor allem die Bundesregierung befürchtete, daß die SALT-Vereinbarungen das strategische Kräfteverhältnis in Europa zugunsten der Sowjetunion verschieben würden. Die sowjetischen SS-20-Raketen, die eine Reichweite von 5000 Kilometern hatten, schienen Europa zu bedrohen. Angeführt von Helmut Schmidt forderten die europäischen NATO-Mitglieder daher eine Modernisierung der Abschreckungsstrategie in Europa.

Vom 12. bis 14. Dezember 1979 tagten in Brüssel die Außen- und Verteidigungsminister der NATO und nahmen den berühmt gewordenen Doppelbeschluß an. Auf dem Territorium der Bundesrepublik, in Großbritannien, Italien, Belgien und in den Niederlanden sollten 108 Abschußvorrichtungen für Pershing-II-Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 1800 Kilometern (als Ersatz für die veraltete Pershing Ia) und von 464 bodengestützten Marschflugkörpern (Cruise Missiles) stationiert werden. Dafür sollten 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden. Gleichzeitig machten die NATO-Minister Vorschläge zur Reduzierung sowohl des sowjetischen als auch des amerikanischen Raketenpotentials in Europa auf der Grundlage von SALT II. Die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper sollte nach Ablauf von vier Jahren, also Ende 1983, erfolgen, falls bis dahin Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa ohne Erfolg bleiben würden.

Kurze Zeit später, am 27. Dezember 1979, marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein, und die Entspannungspolitik zwischen den Supermächten kam zu einem Ende. Präsident Carter zog die SALT-II-Verträge aus dem Ratifizierungsverfahren zurück, da sie im amerikanischen Senat unter diesen Umständen keine Mehrheit mehr gefunden hätten. Helmut Schmidt und die übrigen europäischen NATO-Partner sahen sich in ihrer Skepsis hinsichtlich der sowjetischen Abrüstungsbereitschaft bestätigt und begannen, den ersten Teil des NATO-Doppelbeschlusses in die Tat umzusetzen.

6.

Während sich die Bundesregierung in enger Übereinstimmung mit der amerikanischen Abschreckungspolitik übte, begann 1980 in der bundesdeut-

schen Öffentlichkeit eine zunehmend hitziger werdende öffentliche Diskussion über die Nützlichkeit und Gefährlichkeit des NATO-Doppelbeschlusses und die „Risikopartnerschaft“ zwischen Westeuropa und den USA. Die Kluft zwischen Gegnern und Befürwortern des Doppelbeschlusses ging mitten durch die SPD. Die Befürworter des Beschlusses wiesen darauf hin, daß nun der Warschauer Pakt keinen konventionellen Angriff auf Westeuropa mehr wagen würde, weil er mit einem atomaren Gegenschlag rechnen müßte. Die Gegner des Beschlusses wandten dagegen ein, daß bei einem sich verschärfenden Konflikt zwischen den beiden Supermächten – und dieser konnte sich im Nahen oder Fernen Osten, jedenfalls fern von Europa, entwickeln – die Westeuropäer Gefahr liefen, Opfer eines nuklearen Präventivschlages der Sowjetunion gegen die USA zu werden. Denn wegen ihrer extrem kurzen Flugzeit und großen Zielgenauigkeit würden die neuen Mittelstreckenraketen in Europa einen präventiven Schlag geradezu herausfordern. Deshalb hatte übrigens Helmut Schmidt ursprünglich die Stationierung dieser Raketen auf Schiffen vorgeschlagen, doch die Amerikaner hatten dann die Bodenstationierung vorgezogen.

Die Regierung Schmidt versuchte, ihre enge Übereinstimmung mit der US-Politik dadurch unter Beweis zu stellen, daß sie sich beispielsweise dem Boykott der Olympischen Spiele in Moskau anschloß. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wies in der Debatte darauf hin, daß die europäischen NATO-Partner den USA durch Übernahme des nuklearen Risikos ihre Solidarität beweisen wollten. Für die Gegner des Doppelbeschlusses war dies erst recht Wasser auf ihre Mühlen.

Der linke Flügel der SPD unter Oskar Lafontaine und Erhard Eppler sowie der Abrüstungsexperte Egon Bahr und andere Kritiker des NATO-Doppelbeschlusses wie der Sicherheitsexperte Dieter Lutz, der ehemalige Bundeswehrgeneral Gert Bastian und der Friedensforscher Alfred Mechttersheimer befürchteten, daß die Stationierung der Pershing-Raketen die militärische Führung der USA ermutigen könnte, einen begrenzten Atomkrieg zu entfesseln, der Europa vernichten würde. Ein anderer bekannter Kritiker des NATO-Doppelbeschlusses, der Philosoph und Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker, brachte seine Bedenken auf die Formel: „Der dritte Weltkrieg wird stattfinden, wenn er gewonnen werden kann.“

Vor allem aber formierte sich gegen den NATO-Doppelbeschuß und die Verschärfung der Ost-West-Spannungen ab 1980 eine Friedensbewegung, die sich aus ganz unterschiedlichen politischen und sozialen Gruppen

zusammensetzte, deren Minimalkonsens aber darin bestand, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu verhindern. Höhepunkte dieser Bewegung waren der Krefelder Appell vom November 1980, der Hamburger Kirchentag im Sommer 1981 mit dem Gegenmotto „Fürchtet euch, der Atomtod bedroht uns alle!“ sowie die großen Demonstrationen im Herbst 1981 und anlässlich des Reagan-Besuches in Bonn am 10. Juni 1982. Prominente und Nichtprominente beteiligten sich schließlich an den Blockaden amerikanischer Raketen-Basen in Mutlangen und anderswo.

Vielfach wurde damals in den USA und in der Bundesrepublik die Befürchtung geäußert, die Friedensbewegung werde eine antiamerikanische Einstellung in der westdeutschen Bevölkerung erzeugen sowie einer Tendenz zum Neutralismus Vorschub leisten. Umfragen, die das Demoskopische Institut Allensbach im Herbst 1981 durchführte, bestätigten diesen Eindruck jedoch nicht. Danach war die Einstellung der westdeutschen Bevölkerung zu den Amerikanern im September 1981 sogar positiver als je zuvor in den seit 1957 durchgeführten Befragungen. Für den Verbleib der Bundesrepublik im westlichen Verteidigungsbündnis und für die Abschreckungsstrategie der NATO sprachen sich im Juli 1981 53 Prozent der Befragten aus; im September 1979, also vor Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses, waren es nur wenig mehr, nämlich 55 Prozent, gewesen.

7.

Die Wahl des konservativen Republikaners Ronald Reagan zum Präsidenten der USA am 4. November 1980 signalisierte eine Rückkehr der amerikanischen Außenpolitik zur Politik der Stärke und zu einer erneuten Re-Ideologisierung des Ost-West-Gegensatzes, der in Reagans Formel, die Sowjetunion sei das „Reich des Bösen“, am deutlichsten zum Ausdruck kam. Der konservative Politologe und Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz stellte 1982 fest: „Wir befinden uns wieder im Kalten Krieg.“

Bei der „Wende“ im Oktober 1982, als die Koalition zwischen SPD und FDP zerbrach, Helmut Schmidt gestürzt und Helmut Kohl von CDU/CSU und FDP zu seinem Nachfolger gewählt wurde, standen zwar Meinungsunterschiede zwischen SPD und FDP über die Konjunktur- und Haushaltspolitik im Vordergrund. Eine große Rolle für die Entscheidung der FDP und

deren Parteivorsitzenden, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, die Koalition mit der SPD aufzukündigen, spielte aber auch die weiter andauernde Debatte in der SPD über den NATO-Doppelbeschluß und das deutsch-amerikanische Verhältnis. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung und wohl auch Genschers war diese innerparteiliche Auseinandersetzung eine Belastung für das deutsch-amerikanische Verhältnis.

Die Regierung Reagan begrüßte die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler, hatte sich die CDU/CSU doch seit 1979 uneingeschränkt als „die Partei der USA“ dargestellt, die vor allem den Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses befürwortete. Während der SPD-Parteitag im April 1982 eine endgültige Stellungnahme zum NATO-Doppelbeschluß auf den Herbst 1983 vertagt hatte, ließ Helmut Kohl keinen Zweifel daran, daß er auch den Aufrüstungsteil des Beschlusses verwirklichen würde, wenn es sich als notwendig erweisen sollte. Hier herrschte völlige Übereinstimmung mit dem mehr oder minder deutlich ausgesprochenen Ziel der Reaganschen Außenpolitik, die Sowjetunion „totzurüsten“.

Ronald Reagan hatte im Wahlkampf heftig gegen SALT II polemisiert, hielt sich aber an die Abmachungen vom Juni 1979 – und zwar noch über die damals vereinbarte Laufzeit, den 31. Dezember 1985, hinaus. Am 30. November 1981 begannen in Genf amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen für SALT II (START = Strategic Arms Reduction Talks). Die kurz danach – im Dezember 1981 – erfolgende Machtübernahme der Militärs in Polen verschlechterte die Beziehungen zwischen den Supermächten erneut. Die USA verhängten Sanktionen gegen die Sowjetunion, denen sich die westeuropäischen Verbündeten, so auch die Bundesrepublik, anschlossen. Und am 23. November 1983 stimmte der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP – trotz heftiger Proteste der Friedensbewegung – für die Stationierung der Pershing-II-Raketen und der Cruise Missiles in der Bundesrepublik. Am nächsten Tag verließ die sowjetische Delegation die Genfer Verhandlungen. Erst Ende 1984 kehrte sie an den Verhandlungstisch zurück.

Die weitgehende Übereinstimmung zwischen der Bundesregierung und der Reagan-Administration in Fragen der Sicherheitspolitik und der Beziehungen zur Sowjetunion – nunmehr auf der Grundlage einer Politik der Stärke – dauerte auch an, als im März 1985 Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU wurde und seine Politik von „Perestroika“ und „Glasnost“ proklamierte. Reagan, der sich im November 1985 in Genf mit Gor-

batschow traf, stand den Abrüstungsvorschlägen des neuen Staats- und Parteichefs der Sowjetunion zunächst ebenso mißtrauisch gegenüber wie Kohl und seine Koalition aus CDU/CSU und FDP. Eine Wiederaufnahme der Entspannungspolitik zeichnete sich jedoch spätestens Ende 1987 ab, als Reagan und Gorbatschow in Washington den INF-Vertrag über den Abbau der nuklearen Mittelstreckenraketen unterzeichneten. Auch diesmal stand die Bundesregierung, vor allem Außenminister Genscher, hinter der Entscheidung der US-Regierung.

Doch bei einer Minderheit der CDU löste die Aussicht auf die sogenannte „doppelte Nullösung“, nämlich den Abzug aller landgestützten Mittelstreckenraketen aus Mitteleuropa, die Befürchtung aus, daß die USA die Bundesrepublik ungeschützt der sowjetischen Übermacht an konventionellen und chemischen Waffen aussetzen wollten. Dahinter stand die Befürchtung, daß die USA ihr Interesse an Westeuropa verloren hätten und den Westeuropäern Abrüstungsvereinbarungen aufzwingen wollten, die nicht in deren Interesse waren. In der öffentlichen Diskussion fand diese Position die Unterstützung eines unerwarteten Bundesgenossen: Auch Helmut Schmidt warnte davor, Gorbatschow blindlings zu vertrauen, und schlug eine Schwerpunktverlagerung des atlantischen Bündnisses auf eine französische Führung vor. 1987 schien die Diskussion der politischen Elite also wieder da angelangt zu sein, wo sie 1963 beim Abschluß des deutsch-französischen Vertrages schon einmal gelandet war.

Doch in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik hatte sich inzwischen ein bemerkenswerter Stimmungswandel zugunsten der sowjetischen Seite vollzogen. Im Frühjahr 1987 ergaben Meinungsumfragen, daß 58 Prozent der Bundesbürger der Meinung waren, die Bundesrepublik solle gleich eng mit den USA wie mit der Sowjetunion zusammenarbeiten. Nur 31 Prozent der Befragten meinten, daß sich die Bundesrepublik enger mit den USA als mit der UdSSR zusammenschließen sollte. Außerdem glaubten 49 Prozent, daß Gorbatschow seine Friedensbeteuerungen ernst meine, während nur 46 Prozent dies von Ronald Reagan annahmen. Politologen nennen dieses Phänomen „Äquidistanz“, nämlich ein gleich nahes oder fernes Verhältnis zu den USA wie zur UdSSR, wobei diese Gleichsetzung weder etwas mit einer antiamerikanischen noch mit einer prosovietischen Haltung zu tun haben muß, sondern schlicht Ausdruck eines ausgeprägten Eigeninteresses sein kann. Im Grunde entsprach diese Stimmung der Auffassung von Egon Bahr, der noch während der Kanzlerschaft von Helmut

Schmidt den Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ geprägt hatte. Damit wollte er sagen, daß die Bundesrepublik nur dann sicher vor einem sowjetischen Angriff sein könne, wenn die Sowjetunion sich sicher vor einem westlichen Angriff fühlen könne.

Wie wir inzwischen wissen, war der Vertrauensvorschuß für Gorbatschow nicht falsch: Im Dezember 1988 kündigte Gorbatschow den Abzug von 250.000 sowjetischen Soldaten aus den osteuropäischen Staaten an; im Februar 1989 brach die Sowjetunion den Krieg in Afghanistan ab; im November 1989 tat die Sowjetunion nichts, um die DDR-Regierung zu retten. Was die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA in dieser Zeit, also zwischen dem Besuch Honeckers in Bonn im September 1987 und seinem Sturz im Oktober 1989, betrifft, so muß man wohl davon ausgehen, daß es Außenminister Genscher gelang, alle Besorgnisse, die in Washington gegen eine sofortige Vereinigung der beiden deutschen Staaten bestanden haben mögen, zu zerstreuen. So wurde die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht nur durch sowjetische Konzessionen, sondern letztlich auch durch die Rückendeckung Washingtons möglich.

Lassen Sie mich diesen Abschnitt beschließen mit einer persönlichen Bemerkung: Im Frühjahr 1989 habe ich als Gastdozent am Smith College in Massachusetts gelehrt. Ich hatte u. a. eine Vorlesung zu halten über „Europa im 20. Jahrhundert“. In der letzten Sitzung dieser Vorlesung, die Mitte Mai 1989 stattfand, habe ich eine Prognose über die weitere Entwicklung Europas bis zum Jahr 1992 gewagt (1992 sollte die politische Union West-Europas vollendet sein). Damals habe ich gesagt, die Wiedervereinigung Deutschlands sei in absehbarer Zukunft ausgeschlossen. Weder die Sowjetunion noch die USA und Frankreich würden es zulassen, daß die im jeweiligen Lager wirtschaftlich und politisch zweitstärkste Macht, nämlich die Bundesrepublik im Westen, die DDR im Osten, sich zu einer bedrohlichen Macht in der Mitte Europas zusammenballen dürften. Was sind Historiker doch für schlechte Propheten! Im November 1989 fiel die Mauer, im Oktober 1990 waren die beiden deutschen Staaten vereint. Vielleicht waren die Führer der beiden Supermächte vorausschauender, als wir ihnen zutrauten: Vielleicht ahnten sie ja schon, daß die Vereinigung den Deutschen so große Schwierigkeiten bereiten würde, daß sie deshalb weder eine Gefahr für den Frieden noch für das politische Gleichgewicht in Europa darstellen konnte.

Zusammenfassung

1. Völlige Übereinstimmung zwischen der Bundesrepublik und den USA, sowohl in der politischen Führung als auch in der öffentlichen Meinung, in den fünfziger Jahren.
2. Entfremdung auf Regierungsebene, aber nicht in der öffentlichen Meinung, aufgrund der Berlin-Krise und der amerikanischen Entspannungspolitik. Ausdruck dafür: der deutsch-französische Vertrag von 1963.
3. Erneut weitgehende Übereinstimmung auf der Basis der Entspannungspolitik auf Regierungsebene während der Regierungszeit von Ludwig Erhard und in der Großen Koalition, aber Entfremdung von den USA bzw. deren Politik auf Seiten der jungen Generation wegen des Vietnamkrieges und als Folge einer sich wandelnden politischen Kultur seit 1966, die sich gegen Konsumgesellschaft und American Way of Life wendet.
4. Völlige Übereinstimmung auf Regierungsebene und mehrheitlich auch in der öffentlichen Meinung auf der Basis der Entspannungspolitik zur Zeit der neuen Ostpolitik von Willy Brandt und Walter Scheel in den Jahren 1969 bis 1974.
5. Weitgehende, wenn auch konflikträchtige Übereinstimmung auf Regierungsebene seit 1974 sowohl unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts als auch unter der Helmut Kohls auf der Basis einer neuen Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion und einer Wiederauflage der „Politik der Stärke“. Zunehmende Entfremdung bis hin zum Antiamerikanismus in Teilen der öffentlichen Meinung: Friedensbewegung, Grüne, Jugendliche und Intellektuelle. Diese Entfremdung ließ sich meiner Meinung nach besonders deutlich beobachten in den Reaktionen auf den Beginn des Golfkrieges im Januar 1990. Überall in der Bundesrepublik beteiligten sich vorwiegend junge Leute an Protestaktionen gegen diesen Krieg. Ziel ihrer Aktionen waren jedoch nicht irakische, sondern amerikanische Einrichtungen.